

Medienmitteilung

An ihrer virtuellen Parteiversammlung hat die FDP Davos die Parolen zur Abstimmung vom 13. Juni gefasst. Ausser beim CO₂-Gesetz waren alle Parolen unbestritten.

Ja zu den Gemeindevorlagen

Das Zentrum Guggerbach ist für die Bevölkerungsgruppe 65+ nebst dem Ort des Wohnens auch ein Ort der Begegnung und dient auch für Angehörige als wichtige Anlaufstelle. Mit dem Erweiterungsbau wird das Raumangebot den aktuellen Bedürfnissen angepasst. Dies wäre für alle Anspruchsgruppen eine qualitative Aufwertung. Zur Sicherung der hohen architektonischen und gestalterischen Ansprüche an den Neubau wird ein Architekturwettbewerb erfolgen.

Wichtige touristische Massnahme

Die Erweiterung der Beschneiungsanlage Palüda/Pistenverlegung hat zum Ziel, die Pistenführung zu optimieren. Diese Talabfahrt ist die Hauptverbindung bei der Entleerung des Skigebiets und deshalb von grosser Wichtigkeit. Mit der vorgesehenen Veränderung sollen die Sicherheit und Qualität auf der Piste wie auch die Attraktivität des touristischen Angebots gewährleistet werden.

Wohnraum schaffen

Die beiden Vorlagen zur Teilrevision der Ortsplanung Gadastatt haben zum Ziel, die Nutzungen in einem Gebiet mit zwei nachbarlichen Parzellen zu sichern. So kann in zentrumsnaher Lage neuer Wohnraum für die Davoser Bevölkerung geschaffen werden und es wird eine hochwertige Landwirtschaftsfläche geschützt.

Nein zur Jagdinitiative

Diese Initiative richtet sich gegen die Jagd und suggeriert, dass die Bündner Jagd unethisch und nicht naturverträglich sei. Fakt ist, dass die Bündner Jagd seit Jahren einen hohen Standard betreffend Tierschutz aufweist und hohen ökologischen und wildbiologischen Anforderungen entspricht. Initiativbegehren wie das Verbot der Fallenjagd, die Einführung der jagdlichen Schiesspflicht und der bleifreien Kugel- und Schrotmunition sind zudem bereits umgesetzt. Die Initiative ist längst überholt und zieht in eine falsche Richtung. Sie schwächt den Tierschutz, den Wald und die Biodiversität.

Ja zum Bündner Kompromiss

Für die FDP ist das vorliegende Wahlsystem der bestmögliche Kompromiss aller Vorschläge. Es garantiert, dass Davos nicht in verschiedene Wahlkreise aufgeteilt wird. Die Vielfalt des Kantons wird durch die Beibehaltung der 39 Wahlkreise entsprechend abgebildet.

Gesetz über Mutterschaftsbeiträge

Mit der Aufhebung dieses Gesetzes und der Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung haben beide Elternteile die Möglichkeit zu arbeiten. Dies fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und entspricht den heutigen Bedürfnissen. Deshalb sagt die FDP Ja.

Nein zu extremen Initiativen

Die Trinkwasser- und Pestizid-Initiative gehen der FDP zu weit. Negative Auswirkungen für die Wirtschaft und viele Landwirtschaftsbetriebe wären die Folge, insbesondere für Kleinstbetriebe in den Bergregionen und deren regionale Produkte. Die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln sinkt und dies führt zu mehr Importen. Das Parlament hat zudem schon Kernanliegen der Initiativen aufgenommen.

Knappe Mehrheit für das CO₂-Gesetz

Für die Befürworter ist das neue CO₂-Gesetz ein wichtiger Schritt zur Erfüllung der Ziele des Pariser Klimaabkommens. Es setzt auf Anreize und stärkt das Verursacherprinzip. Wer wenig fossile Energie verbraucht, profitiert. Mit dem Klimafonds werden innovative Unternehmen unterstützt, damit klimafreundliche Technologien schneller auf den Markt kommen. Dem gegenüber steht die Meinung, dass dieses Gesetz dem Klimaschutz nicht nütze und teuer ist. Betroffen davon sind vor allem Menschen mit geringem Einkommen und das Gewerbe. Auch die Berg- und Randregionen werden benachteiligt. Trotz dieser Bedenken fasste die FDP die Ja-Parole.

Ein Ja empfiehlt die FDP zum Covid-19-Gesetz. Dies gewährleistet die Sicherheit für wirtschaftliche Unterstützungshilfen für Unternehmen und die Bevölkerung, um die finanziellen Auswirkungen der Pandemie zu mildern. Dies gilt auch für den Sport und die Kultur. Bei einer Ablehnung sind diese Unterstützungen gefährdet und es entsteht Rechtsunsicherheit.

Auch die Schweiz ist von terroristischen Bedrohungen nicht gefeit. Mit dem PMT-Gesetz wird die Grundlage geschaffen, damit die Polizei präventiv eingreifen kann, noch bevor eine Straftat begangen werden kann. Die FDP sagt Ja zu dieser Vorlage.